Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1,75 T. Pfd., 3 Monate 5.- T. Pfd., 6 Monate 9.- T. Pfd., 12 Monate 16.- T. Pfd. Ausland: 1 Monat 6.- R.-Mark, 6 Monate 30.- R.-Mark oder Gegenwert. Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch. (Inlandspreise).

Geschaeftsleitung: Schischhane Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

نسخه‌سی ٥ غروش
آبونه
رابطه ایچون: بر آیلغه ١,٧٥ اوچ آیلغه ٥ لیرا
داخل ایچون: آلتی آیلغه ٩ بر سنه‌لیغی ١٦ لیرا
خارج ایچون: بر آیلغه ٦ آلتی آیلغه ٣٠ آلتمش مارک
اعلانات
١ نجی صحیفه‌ده بر سانتیمتروسی ١٠٠ ، ٢ نجی صحیفه‌ده ٧٥
٣ نجی صحیفه‌ده ٥٠ ، ٤ نجی صحیفه‌ده ٣٠ غروش
اداره‌خانه: شیشخانه - قره‌قول یوقوشی ، سارایه‌یر فاطمیا
پیچه‌لی‌خان نومره ٥٥ ، فینیکس بینه‌سی.
تلغراف آدریسی: تورک پوست ، تلفون: پیرا ١٧٣٣
پوسته قوتوسی - قلطه: ٢٦٩

1. JAHRGANG NO. 177 | Tageszeitung für den Nahen Osten | Konstantinopel, Donnerstag, 25. November 1926

Hauptschriftleiter: Dr. F. F. Schmidt-Dumont. Verantwortlicher Schriftleiter: Musaffer Bej. Politik und Handel, Dr. F. F. Schmidt-Dumont. Feuilleton und Lokales: Josef Hans Lazar. Inseratenteil: Erwin Schmidt. Verlag: von Ritgen & Co. Druck: Phoenix Buch- und Steindruckerei.

Tagesspiegel.

تروتسکی و زینوویف اوموزیست انترناسیونالک قراریله وظیفه‌لرندن اوزاقلاشدیریلمشلردر .
§ موسیو پرونژه بلجیکدن لراسه‌نک واشنغتون سفارتی‌نی عهده ایچون رد ایتمشدر .
§ آرناوودلق اختلالی توسع ایتمکده‌در . حکومتک سقوطی بکله‌نمکده‌در .
§ لوندره جوارنده ایکی طیاره سقوط ایتمشدر .
§ آلمانیا باش‌وکیلی تورکیه سفیری هوتادونی قبول ایتمشدر .
§ فنلاندیا مجلس میبوثانی حکومته قارشی عدم اعتماد اعلان ایتمشدر .

Trotzki und Sinowjeff sind auf Beschluss der kommunistischen Internationalen ihrer Aemter enthoben.

Berenger hat die erneute Uebernahme des franzoesischen Botschafterpostens in Washington abgelehnt.

Der Aufstand in Albanien greift weiter um sich. Man sieht den Sturz der Regierung voraus.

In der Nache von London stürzten zwei englische Flugzeuge ab.

Der Reichspraesident empfing den Botschafter Nadolny.

Das finnische Parlament sprach der Regierung sein Miestrauen aus.

Der deutsche Wahlsieg in Polnisch-Oberschlesien.

„Die zweite Volksabstimmung."

Das Ergebnis der Gemeindewahlen in Ostoberschlesien hat gründlich aufgeräumt mit dem Märchen, dass in der Wojwodschaft nur noch eine ganz geringe Zahl von Deutschen vertreten sei, und dass die Steigerung der Anmeldungen zu den deutschen Minderheitsschulen durch unsaubere Mittel erkauft worden sei. Durchweg ist bei den Gemeindewahlen im Herbst 1922 und selbst bei der Volksabstimmung ein starkes Anwachsen der deutschen Stimmen zu verzeichnen. Der Erfolg der deutschen Wahlgemeinschaft und der deutschen Sozialisten ist umso höher zu bewerten, als von polnischer Seite nichts unversucht gelassen wurde, die deutsche Wahlvorbereitung zu hemmen und noch am letzten Tage vor den Wahlen hat die Polizei diesen politischen Sabotageversuchen die Krone aufgesetzt, indem sie die „Kattowitzer Zeitung, den „Ostoberschlesischen Kurier» und die «Polonia» beschlagnahmte. Wenn trotzdem die beiden deutschen Listen einen so durchschlagenden Erfolg erzielten, so muss dieser als Misstrauensvotum der ostoberschlesischen Bevölkerung gegen polnische Kolonisationsmethoden eingeschätzt werden. Nicht nur in den grösseren Städten haben die Deutschen ihren Besitzstand zu wahren und darüber hinaus zu mehren vermocht, auch auf dem flachen Lande, in den kleinsten Dörfern haben die Wahlen die deutschen Minderheiten ausserordentlich gestärkt, ja sie oftmals sogar in Mehrheiten verwandelt. Neben dem deutschen Wahlsieg fällt bei Betrachtung des Ergebnisses die Niederlage der von dem Verbande der Aufständischen und des Westmarkenvereins aufgestellten Liste in die Augen. In Kattowitz z. B. entfielen auf sie nicht einmal 10 vH der abgegebenen Stimmen und in den meisten Ortschaften ist die Liste völlig ausgefallen. Ein deutlicheres Urteil über die Tätigkeit dieser, von dem Wojwoden mit allen Mitteln geförderten Leute, die sich als Herren des Landes betrachteten und alle Andersgesinnten rücksichtslos unterdrückten, konnte nicht erwartet werden. Als Hochburgen des Deutschtums erwiesen sich auch diesmal wieder vor allem Kattowitz und Königshütte. In Kattowitz erhielt von 60 Sitzen die deutsche Wahlgemeinschaft 29 und die deutschen Sozialisten 5, denen 26 polnische Sitze gegenüberstehen, wobei die Mandate der Mieterschutzpartei, der Mittelstandspartei und der Kustos-Partei mit einbezogen sind, trotzdem feststeht, dass nicht alle für diese Splitterparteien abgegebenen Stimmen als polnische angesehen werden dürfen. Diese Splitterparteien erhielten 7 Sitze. Noch grösser ist die deutsche Mehrheit in Königshütte. Dort haben von den 54 Sitzen die Deutsche Wahlgemeinschaft 32, die deutschen Sozialisten 6, die beiden deutschen Listen zusammen also 38 Mandate erhalten, während die polnischen Parteien nur 14 und die Kommunisten 2 erhielten.

In seiner ganzen Grösse aber wird der beispiellose Erfolg der Deutschen erst erkennbar, wenn man das Ergebnis in den kleineren Städten betrachtet. Von diesen scheint, soweit sich das überblicken lässt, Lublinitz die einzige zu sein, die allein, wenn auch eine ziemlich kleine, polnische Mehrheit hat. In allen grösseren Ortschaften z. B. Schoppinitz, Schwientochlowitz, Rybnik stehen Deutsche und Polen sich einander gleich. Deutsche Mehrheiten haben Ruda (9 deutsche, 7 polnische Sitze), Pless (14 deutsche, 10 polnische), Nikolay (13 deutsche 10 polnische), Bismarckhütte (15 deutsche 7 polnische, 2 Kommunisten) und Karlowitz. Hier lag noch kein zahlenmässiges Ergebnis vor. Aber auch in den kleineren Dörfern, die bei den Parlamentswahlen im Herbst 1922 und auch bei der Volksabstimmung nur geringe deutsche Mehrheiten ergaben, ist die Zahl der deutschen Stimmen ausserordentlich angewachsen. In den Kreisen Pless und Rybnik, die bei der Volksabstimmung polnische Mehrheiten gehabt haben, verzeichnet neben den Kreisstädten eine grosse Anzahl kleinerer Dörfer deutsche Mehrheiten.

Korfanty hat eine grosse Enttäuschung erlebt, und in welcher Stimmung sich die Polen befinden, zeigt am besten das Korfantyblatt «Polonia», das am Tag nach der Wahl über das Wahlergebnis versteckt auf der letzten Seite berichtete und es peinlich vermied, für irgend einen Ort die Verteilung der Sitze zu verzeichnen. Ebenso schlecht wie Korfanty haben die sogenannten christlich-polnischen Parteien abgeschnitten, wie der «Verband der Aufständischen» und der «Westmarken-Verein». Für diese Richtung, die in dem jetzigen Wojwoden Garzynski ihren Beschützer und Förderer sieht, bedeutet der Wahlausgang eine Katastrophe. Er ist die Quittung auf eine vierjährige Gewaltpolitik. Selbst der «Wahlspeck», Tausende von Zentnern Kartoffeln, der in den letzten Wochen vor der Wahl in ganz Polnisch — Oberschlesien an die arme Bevölkerung verteilt worden ist, hat am Endergebnis nichts ändern können. Zwecklos waren alle Anstrengungen der polnischen Parteien, zwecklos die Millionenunterstützungen der Regierung, zwecklos auch die Massenwerbearbeit, der die Deutschen infolge des Wahlterrors nichts entgegensetzen konnten. Die Behauptung, die Minderheitsschulen wären überflüssig, ist Lügen gestraft. Korfanty wird Reue darüber empfinden, dass er als seine vermeintlich zugkräftigste Wahlparole die von der zweiten Volksabstimmung aufgestellt hat. Für die Deutschen besteht aller Anlass, diese Wahlparole Korfantys aufzunehmen und der Welt zu zeigen, was durch die Abtretung des reichsten Teiles Oberschlesiens an Polen erreicht worden ist. Der Niedergang der Wirtschaft und die anderen Folgen des planlosen, nur auf die Kolonisierung bedachten polnischen Regiments sind so ungeheuer, dass viele Tausende von denen, die ehemals polnisch gestimmt haben, ihrer Erbitterung darüber jetzt durch Abgabe deutscher Stimmzettel Ausdruck verliehen haben. Man glaubte auf polnischer Seiter einer überwiegenden Mehrheit sicher zu sein, denn Polen wollte durch diese Gemeindewahlen das Plebiszit von 1921, das nicht zu seinen Gunsten ausgefallen war, berichtigen und damit die Rechtmässigkeit seines Besitzes an Ostoberschlesien dartun. Diese Beweisführung ist missglückt. Sein Besitz an Ostoberschlesien gründet sich nach wie vor nur auf Gewalt und Unrecht. Die Zeit hat für Deutschland und gegen Polen gearbeitet. Die Hinausschiebung der Wahlen um mehr als 4 Jahre hat die deutsche Front nur noch fester zusammengekittet. Die Einführung des Wahlzwanges begünstigte das Deutschtum ebenfalls, indem jetzt keiner aus Furcht vor Gewalttaten vom Gang zur Wahlurne zurückschreckte.

Oberschlesien hat mit diesen Wahlen Revision gegen die Entscheidung eingelegt, die s. Zt im Auftrag des Völkerbundrates zugunsten Polens gefällt worden war. Oberschlesien verlangt eine Berichtigung dieser Entscheidung. Der deutsche Sieg ist vollkommen. So wird das Wahlergebnis endlich auch denen, die es bisher nicht haben sehen wollen, das richtige Bild von der Stimmung geben, die in dem an Polen abgetretenen Teil Oberschlesiens herrscht. v. H.

Die Ausweisung der Sowjetagenten aus England verlangt.

London, 22. Nov. (A.A.)

Die konservative Partei fordert die sofortige Ausweisung aller Moskauer Agenten.

Räumung des Rheinlandes.

Briand über das Saargebiet.

Paris, 23. Nov (A.A.)

Briand erklärte vor dem Auswärtigen Ausschuss der Kammer, dass die deutsch-französischen Verhandlungen nicht notwendigerweise zu einer vorzeitigen Räumung des Rheinlandes führen müssten. Frankreich besässe im Saargebiet eine sichere Stellung und erfreue sich der Sympathie der Bevölkerung? Briand drückte die Hoffnung aus, dass die Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland, England und Italien immer festere Formen annehmen werde.

***

Ueber die Verhandlungen, die über die Räumung des Rheinlandes zwischen den interessierten Grossmächten schweben, berichteten wir gestern bereits. Wenn aber dabei von gewissen intransigenten Kreisen darauf hingewiesen wird, dass die deutschen Nationalisten durch ihre Haltung einem Räumungsbefehl Schwierigkeiten bereiten, so ist dem doch entgegenzuhalten, dass ein solcher Hinweis auf deutsche nationalistischer Machenschaften, mit denen man das Wohlwollen demokratischer Kreise in Deutschland «ergruseln» möchte, verschlägt gewiss nicht; in diesem Zusammenhange — das sei alsbald festgestellt, denn es gibt überhaupt keine Regierung von rechts oder links, die nicht das g a n z e Volk hinter sich hätte, sobald es darum geht, deutschen Boden von fremder militärischer Besatzung zu säubern.

Es ist möglich, dass der Aussenminister Dr. Stresemann die Herren Briand und Chamberlain so weit gebracht hat, sich mit der Räumung einverstanden zu erklären. An uns soll es auch nicht liegen, den Räumungsbefehl hinauszuzögern. Aber ganz so, wie die Pariser Presse die Lage darstellt, dürfte sie wohl nicht sein, wenn ihr auch darin beizupflichten ist, dass die Nutzniesser der Besatzung und der Militärkontrolle sich alle erdenkliche Mühe geben, die Notwendigkeit mindestens des Fortbestehens der Rheinlandbesatzung nachzuweisen. Binnen kurzem wird man aber auch an das Besatzungsproblem herangehen müssen, weil es sich nun einmal nicht mit unserer Stellung im Rat verträgt, auf deutschem Boden fremdes Militär zu wissen und weil zum anderen die Locarno-Verträge nur ein Fetzen Papier wären, wenn sich Frankreich auch weiterhin ausserhalb dieser Abmachungen durch militärische Besatzungen Sicherheiten schafft.

Ein Aufsehen erregender Artikel der „D. A. Z."

Erklaerungen Stresemanns.

Berlin, 22. November (A.A.)

Diplomatische Kreise sind äusserst überrascht über einen Artikel der «Deutschen Allgemeinen Zeitung», die als amtliches Organ bekannt ist. Der Aufsatz macht der französischen Regierung Vorschläge über kulturelle Fragen im Elsass. Man hält diese Einmischung in die innere Politik Frankreichs für durchaus unzulässig, die den Anschein erwecke, dass Deutschland sich heute noch als Vormund der früher zum Kaiserreich gehörenden Länder betrachte. Man äussert sich dahin, dass dieser Artikel ein bedauernswertes Vorspiel für die demnächst in Genf beginnende Unterhandlungen darstelle.

Berlin, 23. Nov. (A.A.)

Dr. Stresemann gab vor dem Auswärtigen Aussschuss des Reichstages zu, dass die «Deutsche Allgemeine Zeitung» bereits seit einem Jahr vom Aussenministerium angekauft worden sei. Die demokratische und Zentrum—Presse ist sehr erregt darüber, dass unter diesen Umständen die Zeitung antirepublikanische Propaganda hat treiben können.

Stresemann wird heute im Reichstagsausschuss wichtige Erklärungen abgeben.

Paris, 23. Nov. (A.A.)

Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann rechtfertigte sich vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages über den Ankauf der «Deutschen Allgemeinen Zeitung» aus geheimen Mitteln, die dem Reichskanzler und dem Aussenminister zur Verfügung stehen.

Das «Berliner Tageblatt» schreibt, dass im Gegensatz zur Absicht der Regierung die «Deutsche Allgemeine Zeitung» die Regierungspolitik sich weder zu eigengemacht, noch wirksam unterstützt hat. Sie habe sich stets den Gegnern der Regierung zur Verfügung gestellt.

Dr. Stresemann setzte dem Ausschuss vertraulich die Angelegenheit auseinander.

Vergebung der Linie Angora-Eregli.

Angora, 23. Nov.

Die Verhandlungen mit der schwedischen Gruppe, die sich um den Bauauftrag der neugeplanten Anatolischen Eisenbahnlinien bewirbt, nehmen ihren Fortgang. Man nimmt es als ausgemacht an, dass die Schweden den Auftrag für die Linie Angora-Eregli erhalten.

Angora, 23. Nov.

Es verlautet hier, dass die schwedische Gruppe, die durch den Abgeordneten von Ertogrul Ibrahim Bej vertreten wird, den Auftrag für die Linie Angora-Eregli erhalten hat, da ihre Bedingungen die günstigsten waren.

Von der Grossen Nationalversammlung.

Angora, 23. November.

Der Brief, mit dem der Präsident des Unabhängigkeitsgerichts für den Osten Hadschim Bej um Amtsenthebung bittet, ist in der Nationalversammlung verlesen worden. Die Demission Hadschim Bejs wurde angenommen.

Das Schreiben Refet Paschas, in dem er die Niederlegung seines Mandates ausspricht, ist noch nicht zur Verlesung gelangt.

Die türkisch-griechischen Verhandlungen.

Athen, 23. November.

Das von Tewfik Rüschdi und Exindaris abgeschlossene Protokoll wird türkischerseits vom Gesandten Dschewad Bej, der übrige Vertragsteil von Saradschoglu Schükri Bej unterzeichnet werden. Dschewad Bej erwartet noch seine Instruktionen.

Ein Ball zu Gunsten der Kinderfuersorge

Konstantinopel, 24. Nov.

Im Pressehaus hat gestern eine Sitzung stattgefunden, die der Beschaffung von Mitteln für den Kinderschutz galt. Unter dem Vorsitze Professor Bessim Oemer Pascha fanden sich zahlreiche Persönlichkeiten der hiesigen Gesellschaft zusammen, u. m. die deutsche Botschafterin Frau Nadolny, die österreichische Gesandtin Frau Kral, die schvedische Gesandtin Frau Wallenberg, die amerikanische Gesandtin Frau Bristol. Der Vorsitzende berichtete über die Leistungen des Kinderschutzwerkes in den letzten 15 Monaten. Im Ganzen wurden 47 300 Mahlzeiten abgegeben, die 14 400 Pf. kosteten. Im Waisenhaus von Kalender wurden 1400 Kinder ernährt und der grossen Mehrzahl auch Unterkunft gewährt, was einen Aufwand von 29 500 Pf. erforderte.

Um neue Hilfsmittel zu werben, wurde beschlossen, am ersten Donnerstag des kommenden Jahres einen Wohltätigkeitsball zu veranstalten.

Die Spitäler der privaten Vereinigungen und der Fremden.

Das Gesundheitsministerium hat allgemein von den Wilajets Meldung verlangt über die Zahl der in ihrem Amtsbereich vorhandenen Spitäler und Ambulanzen, die seitens privater Vereinigungen oder fremder Staaten unterhalten werden. Die Gesundheitsdirektion Konstantinopel hat bereits mit der Aufstellung der verlangten Daten begonnen. Die Sektion Skutari hat ihre Meldung bereits erstattet. Es gibt in Skutari ein privates Genesungsheim, ausserdem ein französisches und ein italienisches Spital.

Telegrammwechsel zwischen Tschitscherin und Ismet Pascha.

Befriedigung über die Ergebnisse von Odessa.

Angora, 23. November. (A.A.)

Vom Aussenkommissar der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ist nachstehendes Telegramm an den Ministerpräsidenten Ismet Pascha hier eingetroffen: Nach den unvergesslichen Tagen von Odessa nach Moskau zurückgekehrt beile ich mich, neuerlich der Erinnerung an unsere Zusammenarbeit und meiner Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Besprechung mit Tewfik Rüschdi Bej Ausdruck zu geben, sowie für das Gelingen Ihres politischen Werkes meine aufrichtigsten Wünsche auszusprechen».

Ministerpräsident Ismet Pascha antwortete mit nachstehendem Telegramme: «Ich eile, Ihnen für die Erinnerung an unsere Zusammenarbeit und für die mir gewidmeten freundlichen Wünsche meinen Dank auszusprechen. Ich teile Ihre Zufriedenheit über die Ergebnisse der Zusammenkunft mit Tewfik Rüschdi Bej völlig und spreche Ihnen meinerseits neuerlich meine aufrichtigen Wünsche für Ihre erfolgreiche Durchführung aus.

Sir George Clark überreicht sein Beglaubigungsschreiben.

Angora, 23. Nov. (A.A.)

Der Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej gab heute zu Ehren des englischen Botschafters ein Essen im Anatolischen Klub, an dem u. a. der englische Oberkommissar für den Irak Sir Henry Dobbs Tewfik Kiamil Bej Mitglied des Aussenausschusses der Nationalversammlung, der Abgeordnete von Konstantinopel Muchtar Bej und der Abgeordnete von Kodscha-Ili Safvet Bej, die Sektionschefs des Auswärtigen Amts und ein Mitglied der englischen Botschaft teilnahmen.

***

Der neue englische Botschafter Sir George Clark, wurde gestern vom Gasi empfangen und überreichte ihm sein Beglaubigungsschreiben. Darauf besuchte er Ismet Pascha, mit dem er eine lange Unterredung hatte. Heute hat Sir George Clark verschiedene Besuche abgestattet. Die freundschaftlichen Unterredungen, die er mit den leitenden Persönlichkeiten hatte, sind ein Zeichen dafür, dass die guten Beziehungen zwischen der Türkei und England noch vertieft worden sind.

Letzte Nachrichten

Der Chef des Generalstabs beim Gasi Pascha.

Angora, 23. Nov.

Der Chef des Grossen Generalstabs, Fewsi Pascha stattete heute dem Gasi einen Besuch ab.

Empfang beim Aussenminister.

Angora, 23. Nov.

Der Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej empfing heute den russischen Botschafter Suritsch, mit dem er eine längere Unterredung hatte.

Abreise des englischen Botschafters.

Angora, 23. Nov. (A.A.)

Der englische Botschafter wird in einigen Tagen nach Konstantinopel fahren, um seine Gemahlin, die demnächst dort eintreffen wird, abzuholen.

Abreise des Irakkommissars

Angora, 23. November.

Der Irakkommissar Sir Henry Dobbs, der seit einigen Tagen in Angora weilt, wird morgen früh um 9 Uhr mit dem Zuge nach Adana abfahren.

Die Nachwahlen.

Angora, 23. Nov.

Der Parteivorstand wird höchstwahrscheinlich am Mittwoch zu einer Sitzung zusammentreten. Die Liste der Kandidaten für die Nachwahlen ist bereits vorbereitet. Von der Kandidierung von Beamten, Direktoren und Unterstaatssekretären soll Abstand genommen werden, sodass die Aussichten für Safwet Bej, Nafi Bej und Abdul Muttalib Bej weniger sicher sind, als man bisher angenommen hat. Für die drei erledigten Konstantinopler Mandate werden mit grosser Bestimmtheit der frühere Stadtpräfekt von Angora, Haidar Bej, der Vorstand des Obersten Rechnungshofes Fuad Bej, und der Präsident der nationalen Luftflottenvereines Sia Bej genannt.

Abreise des schwedischen Gesandten nach Konstantinopel.

Angora, 23. Nov.

Der schwedische Gesandte Wallenberg ist heute nach Konstantinopel zurückgereist. Die schwedischen Delegierten verbleiben jedoch in Angora, um die Verhandlungen zwecks Abschluss eines Handelsvertrags weiterzuführen.

Die Eroeffnung der Zuckerfabrik von Alpullu.

Konstantinopel, 24. Nov.

Die gestern hier eingetroffene, von dem früheren Finanzminister Hassan Bej geführte Abordnung der Nationalversammlung ist heute nach Thrakien weitergereist.

Botschafter Nadolny beim Reichspraesidenten.

Berlin, 23. Nov. (A.A.)

Der Reichspräsident empfing heute den deutschen Botschafter in der Türkei, Nadolny.

Um das deutsche Rekrutierungssystem.

Berlin, 23. Nov. (A.A.)

Der Reichswehrminister Gessler lehnte eine Rekrutierung der Reichswehr durch Vermittlung einer eigens zu diesem Zweck bestimmten parlamentarischen Kommission ab, wie der Reichstagspräsident Löbe vorgeschlagen hatte.

Unglücksfall auf einem deutschen Torpedoboot.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Berlin, 23. November.

Auf dem neuen Torpedoboot «Möwe», das gegenwärtig bei Pillau Probefahrten macht, brach ein Verbindungsrohr, wodurch infolge Ausströmen von Dampf 2 Matrosen getötet, 4 schwer und 3 leicht verletzt wurden. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt.

Eine Entschliessung der Sozialistenkonferenz in Luxemburg.

Berlin, 23. Nov. (A.A.)

Die Sozialistenkonferenz in Luxemburg fasste eine Entschliessung, nach der die Sozialisten Englands, Frankreichs, Belgiens und Deutschlands für eine möglichst rasche Räumung des Rheinlandes Sorge tragen sollen.

Bérenger geht nicht mehr nach Washington.

Paris, 23. November (A.A.)

Der Ministerrat ermächtigte Briand, Henry Bérenger den Botschafterposten in Washington nochmals anzubieten. Bérenger lehnte in einem Schreiben an Briand das Angebot ab mit der Begründung, dass er seine Mission als beendet ansehe.

Trotzki muss sein Amt niederlegen.

Moskau, 23. November (A.A.)

Trotzki wurde seines Postens als Vorsitzender der technischen und wirtschaftlichen Abteilung des Obersten Wirtschaftsrats enthoben. Der Vollzugsausschuss der kommunistischen Internationale beschloss einstimmig, auch Sinowjeff seines Postens als Präsident der dritten Internationale zu entheben.

Zur Aufstandsbewegung in Albanien.

Berlin, 23. Nov. (A.A.)

Nach Meldungen aus Skutari in Albanien wurden die örtlichen Behörden von der revoltierenden Armee der katholischen Mirditen, die auf Tirana marschieren, abgesetzt. Man glaubt an einen bevorstehenden Sturz des Kabinetts.